

# Sozialmissbrauch: Freie Liste kündigt weiteren Vorstoss an

**Interpellation** Nicht ganz ohne Kritik nahm die Freie Liste die Beantwortung der Regierung zu ihrem Vorstoss zum Sozialbetrug im Rahmen der Steueramnestie 2011 auf.

VON HOLGER FRANKE

Aufgrund von Selbstanzeigen im Rahmen der Steueramnestie 2011 wurde bei 90 Personen festgestellt, dass sie zu Unrecht Prämienverbilligungsbeiträge bezogen haben. Einen Fall gab es im Zusammenhang mit Ergänzungsleistungen, zudem wurden in fünf Fällen zu niedrig entrichtete AHV-Beiträge rückwirkend eingefordert, im Bereich Stipendien sind in zwei Fällen Rückforderungen erfolgt. Wie die Regierung in ihrer Beantwortung weiter ausführt, müsste für die Schadenswiedergutmachung die zu Unrecht bezogene staatliche Unterstützung für die zurückliegenden zehn Jahre zurückgefordert werden. Da aber nur für die zurückliegenden fünf Jahre korrigierte, rechtskräftige Steuerveranlagungen vorliegen würden, hätten nur die zu Unrecht bezogenen Beiträge für die vorangehenden fünf Jahre berechnet werden können. Dieser Umstand stiess beim Abgeordneten Thomas Lageder (Freie Liste) auf Unverständnis.

## Spektakulär oder nicht?

Ein weiteres Dorn im Auge ist dem Abgeordneten der Freien Liste aber die Steueramnestie des Jahres 2014. «Dies dahingehend, dass bei der zweiten Steueramnestie im Gegensatz zur hier thematisierten ersten Steueramnestie 2011 eine Entdeckung von Sozialbetrug, Mehrwert-



«Es sind einige, aber es sind – nach dem, was wir jetzt wissen – weniger als letztes Mal.»

MAURO PEDRAZZINI  
REGIERUNGSRAT

steuerbetrug und die Herkunft von Geldern usw. nicht nachvollzogen werden kann und auch eine Interpellation, wie wir sie hier vorliegend haben, verunmöglicht wird», sagte Lageder zur Möglichkeit der pauschalen Abgeltung. Somit könnten Gelder steuerfrei in Pensionskassen geflossen und somit als Steuersubstrat verloren sein. «Für mich ist ein Zusammenhang zwischen Steueramnestie und Einmaleinzahlungen in die Pensionskasse evident. Dazu wird die Fraktion der Freien Liste in Kürze eine Interpellation einreichen, die Licht in diese Vorgänge bringen wird. Wenn die kursierenden Gerüchte nur annähernd stimmen, dann wird die Beantwortung dieser Interpellation spektakulär werden.» Es sei bedenklich, dass eine Mehrheit des Landtags Hand geboten hat, dass Sozialmissbrauch vor allem durch Vermögende

bei der zweiten Steueramnestie nicht entdeckt werden könne, meinte Lageder. Regierungsrat Mauro Pedrazzini wollte die Kritik an der neuerlichen Steueramnestie nicht kommentieren, da Landtagsentscheide von der Regierung in der Regel nicht kommentiert würden. «Ich möchte nur anmerken, dass sich diejenigen Steuerpflichtigen, die sich für die Nacherklärung im vereinfachten Verfahren entschieden haben, in der Regel grundsätzlich schon eher vermöglicher waren, weil es für sie mit gewissen Nachteilen behaftet war. Höchstwahrscheinlich sind es nur sehr wenige, die auch gleichzeitig während der Zeit vor der Deklaration Sozialleistungen bezogen haben.»